



FAMILIE BRAUCHT EIN ZUHAUSE.

BEZAHLBAREN UND
AUSREICHENDEN WOHNRAUM
FÜR FAMILIEN SCHAFFEN!

Dokumentation der Fachtagung von FES und ZFF
am 6. Juni 2019 in Berlin



FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft

In den vergangenen Jahren hat sich Wohnen für Familien immer mehr zu einem Luxusgut entwickelt. Manche Familien rücken aufs Engste zusammen, wenn sie sich vergrößern, da sie keine Umzugsperspektive haben. Andere müssen ihre vertraute Nachbarschaft verlassen und ihr Familienleben ohne ein soziales Unterstützungssystem organisieren. Gleichzeitig wird der Kampf um ausreichenden und guten Wohnraum überwiegend dem Markt überlassen, mit der Folge, dass es insbesondere einkommensarme Familien und Familien mit Migrationsgeschichte schwer haben, angemessenen Wohnraum zu finden. Andernorts ist die soziale Durchmischung in den Städten einer räumlichen Trennung zwischen Arm und Reich gewichen. Häufig fehlen

*„Das Thema Wohnen ist zur sozialen Frage unserer Zeit geworden, denn die soziale Ungleichheit setzt sich beim Wohnen fort: Seit Beginn der 90er Jahre ist die Wohnkostenbelastung bei der unteren Hälfte der Einkommensbezieher*innen erheblich gestiegen. Das drückt auf die Kaufkraft, die Konsummöglichkeiten, aber auch auf die Möglichkeit, Geld zu sparen. Die oberen Einkommensbezieher*innen hingegen profitieren von den niedrigen Zinsen und sind dabei Profiteure, da sie Wohneigentum bauen oder erwerben können. Bezahlbares Wohnen ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe für die Politik der Zukunft, die man nicht einfach dem Markt überlassen darf. Dabei ist die Frage des bezahlbaren Wohnens für Familien oft vernachlässigt worden, obwohl ein deutlicher Trend besteht, dass immer mehr Kinder in den Städten und Ballungszentren groß werden. Eine zukunftsweisende Wohnungspolitik muss der Spaltung der Gesellschaft aktiv entgegenwirken und das Wohl von Familien im Blick behalten!“*

Dr. Stefanie Elies,

Referatsleiterin Forum Politik und Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung

eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung, gute Schulen und damit Zukunftschancen in den benachteiligten Quartieren. Auch der Anteil an Familien, die wohnungslos werden, steigt seit einigen Jahren.

Gemeinsam mit rund 80 Gästen diskutierten wir, wie den Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen zu begegnen ist, vor welchen Herausforderungen Familien beim Thema Wohnen derzeit stehen und wie politische Gestaltungsmöglichkeiten aussehen könnten. Anlässlich der Tagung präsentierte Dr. Verena Tobsch (INES Berlin) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und unter Mitarbeit des Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF) erste Ergebnisse einer Studie zur Bedeutung von Wohnkosten für Familien und ihren Haushaltsbudgets.

„Familie ist für das ZFF überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Wer Fürsorge leistet, braucht dabei mehr als ein Dach über dem Kopf. Familien brauchen ausreichenden und guten Wohnraum. Wohnraum, der im Fall von Pflege barrierefreie Zugänge sichert, Rückzugsmöglichkeiten für alle Familienmitglieder bietet und ein Wohnumfeld, welches genügend Freiräume zum Spielen, Bewegen sowie für Bildung und Freizeit bereithält und Nachbarschaften fördert. Ein gutes Zuhause hat sich jedoch für viele Familien immer mehr zu einem Luxusgut entwickelt. Diese Entwicklungen haben die Wohnungsfrage zurück auf die politische Agenda gesetzt. Guter und ausreichender Wohnraum darf nicht zur Ware werden, denn die Wohnsituation von Familien ist existenziell und beeinflusst die Zukunft der Kinder!“

Christiane Reckmann,

Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e. V.



INHALT

- 4 **FAMILIEN EIN ZUHAUSE SCHAFFEN:
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AUS DEM FACHTAG**
- 6 **DIE SOZIALE SPALTUNG DER STÄDTE:
ZUM ZUSAMMENHANG VON WOHNEN, FAMILIEN UND
SOZIO-ÖKONOMISCHER LAGE**
- 8 **ALLEIN(-ERZIEHEND) WIRD'S TEUER. WOHNKOSTEN
UNTERSCHIEDLICHER FAMILIENFORMEN**
- 10 **WORKSHOP: WOHNUNGSPOLITIK GESTALTEN: ZWISCHEN
OBJEKT- UND SUBJEKTFÖRDERUNG. WAS HILFT FAMILIEN?**
- 11 **WORKSHOP: „WIE WOLLEN FAMILIEN WOHNEN? NEUE
WOHNFORMEN, LEBENDIGE NACHBARSCHAFTEN UND
QUARTIERSENTWICKLUNG“**
- 12 **WORKSHOP: „UND AUF DEM LAND? HERAUSFORDERUNGEN
VON FAMILIE UND WOHNEN IM LÄNDLICHEN RAUM“**
- 13 **WORKSHOP: „WOHNUNGSLOSIGKEIT VON FAMILIEN
VERMEIDEN“**
- 14 **DISKUSSIONSRUNDE: GEGEN DEN AUSVERKAUF
UNSERER STÄDTE**

FAMILIEN EIN ZUHAUSE SCHAFFEN: HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AUS DEM FACHTAG

Zusammenfassung der Impulse aus den Fachvorträgen und den Workshop-Debatten

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, dies gilt nicht zuletzt für Familien: Ein Zuhause ist zentraler Ort der Sozialisation, der Fürsorge und des familiären Miteinanders. Doch nicht alle Familien leben in ausreichendem und für sie bezahlbarem Wohnraum. Dadurch gerät das Familienleben immer stärker unter Druck, sowohl in den Städten als auch auf dem Land.

Die Debatten der Fachtagung haben deutlich gezeigt, dass dringend Lösungen gebraucht werden, die bundes-, landes- und kommunalpolitische Maßnahmen umfassen.

Insbesondere wurden auf der Fachtagung folgende Handlungsempfehlungen herausgearbeitet:

WOHNEN IST EINE AUFGABE DER FAMILIENPOLITIK

- ➔ Auch die **Familienpolitik** ist aufgefordert, über Wohnbedürfnisse von Familien und die Sicherung des familiären Zuhauses nachzudenken! Nur so kann es gelingen, den familienspezifischen Bedarf an Wohnen, Wohnformen, Mobilität oder Nachbarschaften sichtbar zu machen und entsprechende Anforderungen an die Stadtentwicklungspolitik zu stellen.
- ➔ **Wohnungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe**, denn sie kann als ein Baustein dazu beitragen, Armut zu verringern, bessere Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten.
- ➔ **Vielfältige Familienformen brauchen vielfältige Wohnformen.** Dazu gehören bedarfsgerechte Planungen und die Ausrichtung auf Übergänge in den familiären Lebensphasen, eine stärkere Förderung genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnens sowie weitere innovative Ideen.
- ➔ Vor allem **Alleinerziehende in Städten müssen in den Blick genommen werden.** Diese Haushalte sind in besonderem Maße von einer zunehmenden und überdurchschnittlich hohen Mietkostenbelastung betroffen. Daneben konkurrieren auch sie um viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum.

SEGREGATION ENTGEGENWIRKEN

- ➔ Räumliche soziale Segregation fördert die gesellschaftliche und sozialräumliche Spaltung und bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Daher sollte bezahlbarer Wohnraum nicht weiter in den sozial benachteiligten Gebieten geschaffen**, sondern als Instrument der sozialen Integration begriffen werden.
- ➔ Die soziale Spaltung wird immer mehr zu einem Problem der finanzschwachen Städte im Osten, im Norden und im Westen. Gleichzeitig gibt es in finanzstarken Kommunen nicht die Probleme sozialer Segregation, aber das Problem der überbewerteten Wohnungen. **Wohnungspolitik muss stärker als bisher eine Bundesaufgabe werden, die sich zum Ziel setzen sollte, gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen.**

MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

- ➔ **Für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum wird in Zukunft sowohl eine Subjekt- als auch Objektförderung benötigt.** Dazu gehören unter anderem die Förderung des sozialen, kommunalen und nicht profitorientierten Wohnungsbaus, wirksame Regelungen zur Begrenzung von Mietpreiserhöhungen, aber auch die Anpassung von Wohngeldleistungen.
- ➔ Es braucht dringend **mehr bezahlbare Wohnungen im Bestand.** Hier könnten Sozialquoten helfen, die auf Wohnungsbestände im Innenstadtbereich ausgeweitet werden müssen, um weiterer sozialer Segregation entgegenzuwirken.
- ➔ Die Wohnungspolitik sollte nicht nur danach bemessen werden, wie viele Wohnungen neu gebaut wurden, **sondern wie stark es ihr gelingt, Wohnversorgungsbedarfe zu erfüllen.** Ein Wohnraumversorgungsbericht kann hier Kriterien festlegen und auflisten, welche Wohnungen gebraucht werden, in welchem Preissegment diese liegen sollten und welche Bedarfsgruppen derzeit Wohnungen benötigen.
- ➔ **Um preiswerten Wohnungsbau wieder zu ermöglichen, müssen die Bodenpreise eingedämmt werden.** Zum Beispiel könnten bei der Ausweisung neuer Baugebiete die Grundstückspreise durch einen sogenannten Widmungspreis auf einem niedrigen Niveau festgeschrieben werden, damit der Bau der Sozialwohnungen mit der Förderung noch zu finanzieren ist.



LÄNDLICHE RÄUME STÄRKEN

- ➔ Vor allem für den ländlichen Raum gilt, dass **die Wohnungsfrage dringend mit der Frage der sozialen Infrastruktur verknüpft werden muss**, denn Familien brauchen mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie benötigen Kitas und Schulen um die Ecke, aber ebenso den Bäcker und eine Sparkasse. Diese Infrastrukturangebote könnten dabei auch die Attraktivität ländlicher Räume stärken.
- ➔ Auch die **Gebiete jenseits der Metropolen müssen gestärkt werden**, um in Zukunft ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums zur Verfügung zu stellen. Ein Allerheilmittel gibt es dafür aber nicht, zu heterogen sind die Landkreise und die Probleme vor Ort wie überhitzte Wohnungsmärkte auf der einen, aber auch Leerstand und Überalterung der Bevölkerung auf der anderen Seite.
- ➔ Um die Attraktivität ländlicher Räume zu stärken, wird gleichfalls ein **gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr benötigt**, denn nur Mobilität kann ausreichend Teilhabe für alle Familien ermöglichen. Dabei muss der klassische ÖPNV um neue und innovative Ideen für den ländlichen Raum ergänzt werden.

WOHNUNGSLOSIGKEIT VON FAMILIEN VERMEIDEN

- ➔ Wohnungslose Menschen konkurrieren derzeit mit vielen anderen einkommensschwachen Menschen um wenig bezahlbare Wohnungen. Durch Mietschulden und/oder einen negativen Schufa-Eintrag stehen ihre Chancen sehr schlecht, überhaupt eine Wohnung beziehen zu können. Um diese Diskriminierung zu beenden, sollte ein ausreichender Bestand an Sozialwohnungen bereitgestellt, der **gemeinnützige Wohnungsbausektor gestärkt und dieser mit einer Quote für wohnungslose Menschen** versehen werden.
- ➔ **Prävention von Wohnungslosigkeit muss darüber hinaus ein großer und wichtiger Baustein eines Hilfesystems sein.** Daher sollten der Grundsatz „Prävention vor Unterbringung“ und dadurch eine Übernahme der Mietschulden, die Anpassung der Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XII und die Verhinderung von Zwangsräumungen ganz oben auf der politischen Agenda stehen.
- ➔ Gleichzeitig muss das **geschützte Marktsegment für Menschen und Familien mit besonderen Bedarfen** ausgebaut und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, die private wie öffentliche Wohnungsbaugesellschaften miteinbezieht.



DIE SOZIALE SPALTUNG DER STÄDTE: ZUM ZUSAMMENHANG VON WOHNEN, FAMILIEN UND SOZIO-ÖKONOMISCHER LAGE

Prof. Dr. Marcel Helbig, Universität Erfurt

Sind sozial gemischte Städte heute eine Utopie oder ist der Traum vom gemeinsamen Zusammenleben noch nicht ausgeträumt? Mit dieser Frage eröffnet Prof. Dr. Marcel Helbig seinen Vortrag. Um diese Frage zu beantworten, müssen drei große wohnungspolitische Herausforderungen näher beleuchtet, aber auch klar voneinander unterschieden werden.

STEIGENDE MIETEN, SOZIALE SEGREGATION UND LEERSTAND

Erstens geht es um die derzeit dominante Diskussion der steigenden Mieten in den Städten. Dies betrifft vor allem Metropolen wie Hamburg und Berlin sowie Städte und Kommunen im Süden Deutschlands. Gleichzeitig gibt es vor allem im Osten, aber auch im Ruhrgebiet viele Städte, in denen bezahlbarer Wohnraum noch vorhanden ist.

Ein zweites Problem betrifft die soziale Segregation und damit die Frage, wie ungleich sich arme und einkommensstarke Personen innerhalb der Städte verteilen. Gerade die Städte, die weniger Probleme mit bezahlbarem Wohnraum haben, weisen eine besonders hohe soziale Segregation auf.

Ein drittes Problem erfährt durch den konzentrierten Blick auf die Metropolen derzeit weniger Aufmerksamkeit: der Leerstand und die Überalterung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Im Folgenden legt Helbig den Schwerpunkt auf die soziale Segregation und damit auf den Befund, dass wohlhabende und arme Menschen immer seltener Tür an Tür leben.

SCHWERPUNKT: SOZIALE SEGREGATION

Wie kann soziale Segregation gemessen werden? Die Sozialforschung nutzt hierfür einen sogenannten Sozialindex, der anzeigt, wie viele Menschen einer bestimmten Gruppe umziehen müssten, um eine Gleichverteilung in einer Stadt zu erreichen. Noch Anfang der 1990er

Jahre wurde in Deutschland ein relativ niedriger Segregationswert gemessen, doch schon in den darauffolgenden Jahrzehnten stieg die ungleiche Verteilung ärmerer Menschen in den Städten deutlich an. Die soziale Spaltung lässt sich vor allem in ostdeutschen Städten wie Rostock, Erfurt, Schwerin und Jena beobachten. Hier verläuft die Trennlinie vor allem an der Grenze der Plattenbaugebiete und Großbausiedlungen zu den neu sanierten Altstädten.

KINDER UND FAMILIEN SIND DIE LEIDTRAGENDEN

Vor allem Kinder, die in SGB-II-Haushalten aufwachsen, leben zunehmend in bestimmten Stadtteilen. So gibt es Quartiere in den untersuchten Städten, in denen über 50 Prozent aller Kinder arm sind. Treiber dieser Entwicklung ist sicherlich der Wohnungsmarkt bzw. staatliche Regelungen zur Finanzierung von Wohnungen einkommensarmer Haushalte. Steigen die Mieten in bestimmten Stadtteilen oder wird ein neues Zuhause benötigt, weil sich die Familie vergrößert, müssen Wohnungen in stark benachteiligten Quartieren gesucht werden, da hier die Mieten noch bezahlbar sind. Dies hat vor allem negative Folgen für die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen, denn, wenn die Ballung von sozial benachteiligten Gruppen in der Schule und Nachbarschaft zu groß wird, leiden das Entwicklungsmilieu und damit auch das Bildungsumfeld für Kinder.

Durch die Ballung sozialer Probleme stehen Schulen in benachteiligten Quartieren vor besonderen Herausforderungen. Doch gerade dort fehlen häufig die benötigten Ressourcen. So fällt z. B. der Anteil von Quereinsteiger*innen in Schulen benachteiligter Quartiere, etwa in Berlin, besonders hoch aus. Darüber hinaus sind Schulen in sozialen Brennpunkten auch in puncto Vertretungsstunden bzw. beim Ausfall von Unterricht Spitzenreiter. Es kann festgehalten werden: Armut führt zu schlechteren Bildungschancen und die Ballung von Armut zu einer sozialen Desorganisation.



ZUWANDERUNG VERSTÄRKT SOZIALE SEGREGATION, IST ABER KEINESFALLS DER AUSLÖSER

Viele neu zugewanderte Menschen finden vor allem Wohnungen in sozial benachteiligten Quartieren. Dadurch verstärkt sich die soziale Spaltung insbesondere in vielen ostdeutschen Städten, erläutert Helbig die Ergebnisse seiner kürzlich veröffentlichten Studie. Zwar wurden die Probleme damit keinesfalls ausgelöst, aber der Mechanismus des Wohnungsmarktes zeigt hier sein Gesicht: Günstiger Wohnraum steht nur dort zur Verfügung, wo ansonsten niemand wohnen will, wie z. B. in Quartieren mit hohem Leerstand. Kommunen mit hohen Steuereinnahmen sind dagegen deutlich erfolgreicher bei der Verteilung von neu Zugewanderten. Das heißt, je reicher eine Kommune ist, desto mehr Handlungsspielraum hat sie und desto weniger lässt sich eine sozial ungleiche Verteilung von Zuwanderung beobachten.

FAZIT

Die soziale Spaltung wird immer mehr zu einem Problem finanzschwacher Städte im Osten, im Norden und im Westen des Landes. Gleichzeitig gibt es in finanzstarken Kommunen nicht die Probleme sozialer Segregation, aber das Problem überteuerter Wohnungen. Die finanzschwachen Städte und Kommunen werden dieses Problem zukünftig nicht alleine bewältigen können. Wohnungspolitik muss daher eine Bundesaufgabe werden, die sich zum Ziel setzen sollte, gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen. Sollen sozial gemischte Städte keine Utopie bleiben, dann darf bezahlbarer Wohnraum nicht weiterhin in den sozial benachteiligten Gebieten geschaffen werden. Sozialer Wohnungsbau sollte daher dort gefördert werden, wo der Wohnungsmarkt derzeit eigentlich keine Bevölkerungsgruppen ohne oder mit geringem Einkommen zulässt.



ALLEIN(-ERZIEHEND) WIRD'S TEUER. WOHNKOSTEN UNTERSCHIEDLICHER FAMILIENFORMEN

Erste Ergebnisse einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Mitarbeit des Zukunftsforum Familie e. V.

Dr. Verena Tobsch, INES Berlin

PROBLEMLAGE

Empirische Studien zeigen, dass Armutsquoten in Großstädten höher sind als im Bundesdurchschnitt und hier immer mehr Menschen von Leistungen nach dem SGB II leben, führt Dr. Verena Tobsch zu Anfang ihres Vortrags ein. Daneben sind in den letzten zehn Jahren in Deutschland steigende Angebotsmieten und Immobilienpreise sowie eine zunehmende Privatisierung von Mietwohnungen zu beobachten. Parallel zeigt sich, dass immer mehr Kinder in Städten und Ballungszentren aufwachsen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen besteht die Annahme, dass einkommensschwache Haushalte kontinuierlich stärker unter steigenden Mieten leiden, die zunehmend zum Armutsrisiko werden, oder aus ihren Nachbarschaften verdrängt werden, weil sie keinen angemessenen oder neuen Wohnraum finden.

Bisher wurde wenig untersucht, wie sich die tatsächlichen Wohnkosten im Zeitverlauf entwickelt haben, ob es Unterschiede in der Wohnkostenentwicklung zwischen Ballungszentren, städtischen und ländlichen Regionen gibt und welche Familientypen besonders von steigenden Wohnkosten betroffen sind. Darüber hinaus sollte gefragt werden, wie groß die Unterschiede der Wohnkostenbelastung zwischen armen und von Armut bedrohten Haushalten im Vergleich zur gesellschaftlichen Mitte und Haushalten in oberen Einkommensbereichen sind.

Diese Forschungslücke wird mit der Expertise, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet wurde, geschlossen.

ERGEBNISSE DER STUDIE

„ALLEIN(-ERZIEHEND) WIRD'S TEUER“

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen auf Basis der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, dass über alle Haushalte hinweg im Jahr 2003 knapp 18 Prozent des Einkommens für das Wohnen ausgegeben wurden. Im Jahr 2013 erhöhten sich diese Ausgaben auf durchschnittlich 20 Prozent. Gleichzeitig zeigt sich, dass Alleinlebende und Alleinerziehende einen deutlich höheren Anteil relativer Wohnkosten haben, der sich von 2003 auf 2013 auf ein Viertel des Einkommens erhöht hat. Eine Erklärung dafür ist letztendlich, dass Paarhaushalte insgesamt über mehr Nettoeinkommen verfügen, da es häufig eine zweite erwachsene Person im Haushalt gibt, die in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig ist.

Der Anstieg der relativen Wohnkosten im Zeitverlauf von 2003 bis 2013 zeigt sich gleichermaßen in Ballungszentren, Städten und ländlichen Regionen. Zwar liegen die relativen Wohnkosten in Berlin, München und Hamburg insgesamt leicht über dem Durchschnitt, aber richtet man den Blick diesbezüglich auf die Alleinlebenden und die Alleinerziehenden, dann tritt deutlicher hervor, dass für diese Haushaltstypen die Ausgaben für Wohnen in den Ballungszentren am höchsten sind und in den ländlichen Regionen am niedrigsten, während es für Paarhaushalte kaum Unterschiede gibt.

Auch aktuellere Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen ähnliche Befunde bzw. eine Fortführung der beschriebenen Entwicklungen für Haushalte, die in einer Mietwohnung leben: Die Mietkosten-



belastung ist von 2014 auf 2017 für Singlehaushalte von 23 Prozent auf 25 Prozent angestiegen. Für Alleinerziehende erhöht sich die Mietbelastung etwas stärker, von 26 Prozent auf 29 Prozent, während für Paarhaushalte und sonstige Haushaltskonstellationen die anteiligen Mietkosten im Jahr 2017 bei etwa 19 Prozent bis 21 Prozent liegen.

Es fällt jedoch auf, dass vor allem für arme Haushalte der relative Wohnkostenanteil nicht nur verhältnismäßig hoch liegt, sondern im Zeitverlauf auch wesentlich stärker angestiegen ist. Im Vergleich dazu sind in der Bevölkerungsmitte und bei den sehr Wohlhabenden die Mietkosten niedriger und relativ stabil. Die Erklärung dafür ist, so Tobsch, dass sich die Mietkosten zwar für alle erhöht haben, die Einkommen der armen Haushalte im Vergleich zu wohlhabenderen Haushalten jedoch weniger stark gestiegen sind.

Für die Alleinlebenden und die Alleinerziehenden, die mit wenig Einkommen auskommen müssen, zeigt sich eine besondere Schiefelage: Innerhalb eines kurzen Zeitraums von vier Jahren (2014 bis 2017) ist für diese Haushaltstypen die Wohnkostenbelastung um sieben bis neun Prozentpunkte gestiegen. Alleinlebende und Alleinerziehende am untersten Einkommensrand geben damit knapp die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus und sind damit stark überbelastet. Dieser Befund wird besonders drastisch, wenn man bedenkt, dass darin Transferzahlungen wie Wohngeld oder die Erstattung von Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung bereits enthalten sind. Das heißt, schlussfolgert Tobsch, ohne entsprechende Sozialleistungen wäre die Mietkostenbelastung sogar noch höher.

FAZIT

Entgegen gängigen Erwartungen haben sich die Wohnkosten in der Stadt und auf dem Land im Zeitverlauf gleichermaßen entwickelt, und zwar bei allen Familientypen. Scheinbar sind die Preisänderungen auf dem Miet- und Immobilienmarkt noch nicht bei allen Familien angekommen. Ursachen können darin liegen, dass sich die Daten zur Mietpreisentwicklung ausschließlich auf Angebotsmieten beziehen und der Mietpreisboom einen Verdrängungseffekt herbeiführt, sodass Familien, die eine angemessene Wohnung bräuchten, geeignete Objekte nicht anmieten, weil sie es sich nicht leisten können und daher lieber in der preisgünstigen (ggf. zu kleinen) Wohnung bleiben.

Trotz dieser Erklärungsmuster zeigt sich auch jetzt schon deutlich, dass die Problematik armer Haushalte, insbesondere von Alleinlebenden und Alleinerziehenden, auf dem Wohnungsmarkt insgesamt und vor allem in Städten und Großstädten brisant ist. Allein(-erziehend) wird's teuer, d.h., für keinen anderen Haushaltstyp ist die Wohnkostenbelastung so hoch und in den letzten Jahren derart stark angestiegen. Hier muss die Politik dringend handeln.

Die Studie „Allein(-erziehend) wird's teuer“ von Dr. Verena Tobsch wird im Herbst 2019 erscheinen und kann auf der Homepage der FES als pdf heruntergeladen oder als Druckexemplar bestellt werden.



WORKSHOP: WOHNUNGSPOLITIK GESTALTEN: ZWISCHEN OBJEKT- UND SUBJEKTFÖRDERUNG. WAS HILFT FAMILIEN?

INPUT: Dr. Steffen Wetzstein, European Network for Housing Research (ENHR)

MODERATION: Anna Droste-Franke, AWO Bundesverband e. V./ Nationale Armutskonferenz

Ausgangspunkt des Workshops ist die Feststellung, dass Wohnen, insbesondere in urbanen Räumen, global zur neuen sozialen Frage geworden ist. Dabei sind bei der Wohnraumversorgung weltweit ähnliche strukturelle Herausforderungen vorzufinden. Sie reichen von einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum in den Städten über den Abbau des subventionierten Wohnraums bis zur zunehmenden Polarisierung von Einkommensverhältnissen.

Vor diesem Hintergrund stellt Dr. Steffen Wetzstein die Ergebnisse seines Forschungsprojekts vor, das die Situation auf den Wohnungsmärkten in fünf Städten in der Phase nach der globalen Finanzkrise in den Blick nimmt. Konkret hat er die Wohnsituation in Auckland (Neuseeland), Sydney (Australien), Singapur, Berlin (Deutschland) und Wien (Österreich) untersucht. Der internationale Vergleich eröffnet dabei die Möglichkeit, Fehlentwicklungen, aber auch positive Ansätze in der Wohnungspolitik aufzuzeigen.

Wetzstein führt aus, dass eine neoliberale Wohnungspolitik und der Glaube an sich selbst regulierende Märkte, insbesondere in Auckland und Sydney, zu einer Versorgungslücke beim bezahlbaren Wohnraum geführt haben. Verbreitete Wohnungslosigkeit und lange Pendelzeiten aus dem Umland sind daraus resultierende Krisenerscheinungen. Singapur zeichnet sich dagegen durch ein Wohnungssystem aus, das einen Großteil des Wohnungsbestandes staatlich fördert. Auf die stark zunehmende Wohnraumnachfrage in den 2000er Jahren wurde in Form von öffentlichem Neubau und durch die Förderung von privatem Neubau reagiert. In der Folge konnte

der lokale Wohnungsmarkt, zumindest für singapurische Haushalte, gestärkt werden. Berlin zeichnete sich lange durch einen entspannten Wohnungsmarkt aus. Vor dem Hintergrund hoher städtischer Schulden wurde in der Nachwendezeit allerdings ein Großteil landeseigener Wohnungen verkauft. Verbunden mit zurückhaltenden staatlichen Interventionen und unzureichend greifenden Maßnahmen, wie beispielsweise der Mietpreisbremse, wird bezahlbarer Wohnraum hier derzeit zunehmend knapper. Im Vergleich der untersuchten Städte bietet Wien — mit Blick auf eine bezahlbare Wohnraumversorgung — gute Bedingungen. Die Tradition des städteigenen Gemeindebaus, so führt Wetzstein aus, ist eine geeignete Grundlage, um Zugänge zu bezahlbaren Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen.

Welche Wege gibt es nun aus der „Krise der Wohnraumversorgung“ und was zeigt uns der internationale Vergleich? In der Diskussion wird insbesondere Kritik an der starken Fokussierung auf die Subjektförderung geäußert, die bislang die Debatte um die Wohnungspolitik auf Bundesebene geprägt hat. Stellvertretend dafür ist das Gutachten „Soziale Wohnungspolitik“ des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das für die Abschaffung der Mietpreisbremse und ein Herunterfahren des sozialen Wohnungsbaus plädiert. Dagegen solle uneingeschränkt auf Subjektförderungen, wie etwa das Wohngeld, gesetzt werden. Die Teilnehmer*innen sind sich dagegen weitestgehend einig, dass sowohl Subjekt- als auch Objektförderung benötigt werde. Dazu würden unter anderem die Förderung des sozialen, kommunalen und nicht profitorientierten Wohnungsbaus, wirksame Regelungen zur Begrenzung von Mietpreiserhöhungen, aber auch die Anpassung von Wohngeldleistungen gehören. In der Diskussion wird insbesondere die Wiener Wohnungspolitik als gutes Beispiel für die Schaffung von bezahlbarem städtischem Wohnraum genannt.



WORKSHOP: „WIE WOLLEN FAMILIEN WOHNEN? NEUE WOHNFORMEN, LEBENDIGE NACHBARSCHAFTEN UND QUARTIERSENTWICKLUNG“

INPUT: Gabriele Schmitz, Berliner Beirat für Familienfragen, und Dr. Martina Heitkötter, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

MODERATION: Alexander Nöhring, ZFF

In diesem Workshop sollten Familien als Expert*innen in eigener Sache ernst genommen werden, und so stand die Frage, wie Familien wohnen wollen, im Zentrum.

Zu Beginn berichtete Dr. Martina Heitkötter vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) aus dem Forschungsvorhaben „Familien in gemeinschaftlichen Wohnformen“, in welchem das DJI gemeinsam mit der Hochschule Karlsruhe für Technik und Wirtschaft fragt, welche Antworten gemeinschaftliche Wohnformen auf unterschiedliche und sich entlang der Familienbiographie wandelnde Bedarfe an Räumen und sozialen Unterstützungsnetzwerken entwickelt haben. Dabei wird klar, dass Familien „atmende Lebensräume“ und verlässliche soziale Netzwerke von außerhalb sowie innerhalb der Wohnprojekte brauchen, um in ihrem Familienleben und ihren Sozialisationsaufgaben adäquat unterstützt zu werden. Gemeinschaftliche Wohnformen bieten Kindern und ihren Familien eine „andere Kultur“ des Zusammenlebens, die Chance zur sozialen Inklusion sowie größere Spielräume an Wohnkontinuität — so die These des Projekts.

Gabriele Schmitz von der Geschäftsstelle des Berliner Beirats für Familienfragen stellte die Ergebnisse einer Befragung Berliner Familien Ende 2017 zum familienfreundlichen Wohnen vor. Bezahlbarer Wohnraum, Schutz vor Verdrängung, sozial diverse Quartiere, nachbarschaftliches Miteinander sowie altersgerechter und entsprechend wandelbarer Wohnraum sind ihnen wichtig. Für ihr Wohnumfeld

wünschen sich Berliner Familien die Nähe zur Arbeit, sozialräumlich vernetzte Kitas und Schulen als Orte gelingender Integration, einen gut ausgebauten ÖPNV sowie sichere Wege. Arme Familien berichteten von zu kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen und fühlen sich in ihrem Wohnumfeld nicht ausreichend sicher. Geflüchtete Familien leben zu lange in Gemeinschaftsunterkünften, wünschen sich eine eigene Wohnung und berichten von Diskriminierungserfahrungen bei der Suche danach.

In der anschließenden Diskussion wurde von den Teilnehmenden des Workshops klar formuliert: „Wohnen meint auch Leben.“ Eine unterstützende Nachbarschaft baut dabei auf ihrer aktiven Herstellung durch Stadtentwicklung und Nachbarschaftsarbeit auf. Klar ist, dass all dies nicht gelingt, solange nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Hierbei kommt es sowohl auf das Bauen als auch auf eine bedarfsgerechte Planung bspw. durch Partizipation und Erfahrungsaustausch, vielfältige Grundrisse und die Ausrichtung auf Übergänge in den familiären Lebensphasen an. Eine entsprechende Liegenschaftspolitik („Flächen gegen Auflagen“), die stärkere Förderung genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnens sowie innovativer Ideen wie „Wohnen für Hilfe“ würden dies unterstützen. „Vielfältige Familien brauchen vielfältigen Wohnraum“, so eine klare Aussage der Workshop-Teilnehmer*innen.

Neben den bisherigen politischen Akteur*innen der Wohnungs- und Baupolitik ist auch die Familienpolitik dringend aufgefordert, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft über Wohnbedürfnisse von Familien im Wandel und die Sicherung ihres Zuhauses nachzudenken!



WORKSHOP: „UND AUF DEM LAND? HERAUSFORDERUNGEN VON FAMILIE UND WOHNEN IM LÄNDLICHEN RAUM“

INPUT: Dr. Torsten Mertins, Deutscher Landkreistag
FACHPOLITISCHE EINORDNUNG UND MODERATION:
Britta Altenkamp MdL, SPD-Landtagsfraktion NRW, ZFF

Für viele Menschen scheint das Wohnen auf dem Land sehr attraktiv: Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2017 der Bundesstiftung Baukultur würden Personen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren zu über 50 Prozent am liebsten in einer Landgemeinde wohnen.

WARUM SETZEN VIELE FAMILIEN IHREN TRAUM VOM LEBEN AUF DEM LAND NICHT UM?

Ein Grund liegt wohl darin, dass auch in vielen ländlichen Gebieten die Immobilienmärkte überhitzt seien, so Dr. Torsten Mertins. Dies zeigte auch die Online-Befragung des Deutschen Landkreistages „Bezahlbares Wohnen in den Landkreisen“. Die Hauptursachen für die Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung sehen die Landkreise in den fehlenden Wohnungen im mittleren und unteren Preissegment und in den steigenden Mieten. Dazu kommen mancherorts leerstehende Wohneinheiten. Geeignete Instrumente für eine Verbesserung bzw. Aufrechterhaltung der Wohnraumversorgung werden etwa in der sozialen Wohnraumförderung, der kommunalen Wohnungswirtschaft und der Aktivierung von Leerständen gesehen. Behindert wird dies durch hohe Baukosten, komplexe Planungsverfahren, aber auch immissionsschutzrechtliche Konfliktlagen. Ein Allheilmittel, so fährt Mertins fort, gebe es jedoch nicht, denn die regionalen Disparitäten seien insgesamt zu groß. Der Appell des Deutschen Landkreistages zum Wohngipfel im Jahr 2018 bestand daher vor allem in der Notwendigkeit der Stärkung von Gebieten jenseits der Metropolen, da attraktive ländliche Räume die städtischen Wohnungsmärkte entlasten können, so Mertins am Ende seines Inputs.

Aber wie kann die Attraktivität von ländlichen Gemeinden für Familien gesteigert werden? Mit dieser Frage eröffnet die Moderatorin und politische Inputgeberin Britta Altenkamp die Diskussion. Die Teilnehmer*innen des Workshops sind sich einig: Für Familien geht es um mehr als nur bezahlbaren Wohnraum. Sie brauchen geeignete Infrastrukturangebote, mit ausreichend Kitas und einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. Hinzu kommt eine gute Abdeckung mit Kreiskrankenhäusern, Dorfländen, aber auch die Sparkasse im Ort darf nicht fehlen. Darüber hinaus ist auf dem Land der Eigentumserwerb noch immer für viele Familien ein wichtiger Hebel, der Sicherheit verspricht und zur Absicherung im Alter genutzt werden kann. Das Baukindergeld, dessen Einführung viel Kritik erfahren hat, wird vor allem in den ländlichen Regionen genutzt, ergänzt Mertins. Um vor allem Familien mit wenig Einkommen oder kaum Eigenkapital beim Erwerb ein Wohneigentum zu unterstützen, kann auch das Modell des Mietkaufs als zukunftsweisend angesehen werden.

Ein düsteres Bild wurde vor allem hinsichtlich der Ost-West Unterschiede in der weiteren Diskussion gezeichnet. Im Unterschied zu vielen westdeutschen Landkreisen, sind die Wohnungsmärkte in vielen ländlichen Regionen in Ostdeutschland nicht überhitzt. Hinzu kommt, dass es dort meist ein gut ausgebautes Netz an Kinderbetreuung gibt, und dennoch erscheinen diese Regionen für viele Familien unattraktiv. Ein Grund liegt ggf. in der fehlenden diversifizierten Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland. Es mangelt daher an kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie wirtschaftlich starken und strukturschwachen Kommunen muss daher vermehrt gefördert werden. Das Land kann nicht der Ausfallbürge für die Probleme der Stadt sein, wenn aber gezielt gefördert wird, können ländliche Gebiete vor allem für Familie ein gutes Zuhause bieten.



WORKSHOP: „WOHNUNGSLOSIGKEIT VON FAMILIEN VERMEIDEN“

INPUT: Birgit Münchow, AWO Landesverband Berlin e. V.

MODERATION: Susann Zouali-Schlemmer, AWO Kreisverband Berlin-Mitte e. V.

Bevölkerungszuwachs, steigende Mieten, Auslauf von Bindungen bei Sozialwohnungen mit der Folge von akutem Wohnraummangel vor allem für bezahlbare Wohnungen und späte Gegensteuerung in Politik und Verwaltung haben die Situation auf dem Wohnungsmarkt vor allem für Alleinstehende und (Eineltern-)Familien in Berlin, aber auch bundesweit, enorm verschärft, führt Birgit Münchow zu Anfang ihres Inputs ein. Hinzu kommt, dass die Höhe der Mietkostenübernahme im Rahmen des SGB II und SGB XII nicht ausreichend ist. Strukturen und Sanktionen des Jobcenters tragen ebenfalls zur Entstehung von Wohnungslosigkeit bei. Darüber hinaus ist derzeit eine Wohnraumsuche zur Minimierung der Kosten kaum noch erfolgreich, da die Neuvermietungspreise enorm gestiegen sind. Für Vermieter*innen, die eine höhere Rendite erzielen möchten, ist ein Wohnungsaustausch nicht lukrativ.

Vor allem für Familien mit wenig oder ohne Einkommen können diese strukturellen Gegebenheiten im Zusammenspiel mit Verschuldung, etwa Mietschulden, aber auch Trennung, Scheidung, prekären Arbeitsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit in letzter Konsequenz zu einem Wohnraumverlust führen. Besonders Frauen versuchen oft aufgrund von Scham oder erlebter sexualisierter Gewalt, ihre prekäre Situation zu verbergen, und suchen zunächst Schutz bei Freund*innen und Bekannten, es entsteht eine so genannte „verdeckte Wohnungslosigkeit“. Häufig sind Hilfsangebote entweder nicht bekannt oder werden erst sehr spät im Prozess in Anspruch genommen. Bedarfsgerechte Hilfe anzubieten ist nicht immer einfach, da es keine verlässlichen

Angaben zur Gesamtzahl der wohnungslosen (Eineltern-)Familien gibt, obwohl davon auszugehen ist, dass diese Gruppe stetig wächst.

Münchow führt aus, dass z. B. in Berlin die Versorgungssituation völlig ungenügend ist. Es gibt lediglich acht Notübernachtungen, darunter zwei Einrichtungen, die ausschließlich für Familien konzipiert sind. Fachpädagogische Betreuung in den Unterkünften für obdachlose Menschen, die dringend gebraucht wird, um das Erlebte zu verarbeiten, wieder auf die Beine zu kommen und eine bezahlbare neue Wohnung zu finden, fehlt vielerorts. Nicht zuletzt dadurch beträgt die Unterbringungszeit für Familien im Obdach — die eigentlich nur eine kurzfristige Maßnahme sein soll — oft länger als ein Jahr.

Neben aufsuchenden Hilfsangeboten für Familien vor dem Wohnungsverlust sollte die Prävention von Wohnungslosigkeit in allen Bereichen der wichtigste Baustein des Hilfesystems sein, bewerten abschließend die Teilnehmer*innen des Workshops die derzeitige Situation. Daher sollten der Grundsatz „Prävention vor Unterbringung“ und dadurch eine Übernahme der Mietschulden, die Anpassung der Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XII und die Verhinderung von Zwangsräumungen ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Berlin macht sich im Rahmen der „Berliner Strategiekonferenz“ seit Anfang 2018 auf den Weg, um eine bedarfsgerechte gesamtstädtische Strategie auf der Grundlage von „Leitlinien der Wohnungslosenhilfe“ zu entwickeln.

Die detaillierten Ergebnisse der Berliner Strategiekonferenz können auf der Seite der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales abgerufen werden: www.berlin.de/sen/ias/



DISKUSSIONSRUNDE: GEGEN DEN AUSVERKAUF UNSERER STÄDTE

Constanze Cremer, Netzwerkagentur Generation Wohnen

Dr. Andrej Holm, Humboldt Universität zu Berlin

Christiane Reckmann, Vorsitzende des ZFF

Werena Rosenke, BAG Wohnungslosenhilfe/
Nationale Armutskonferenz

Rouzbeh Taheri, Deutsche Wohnen & Co. enteignen

MODERATION: Abini Zöllner, Journalistin und Moderatorin

DER SPEKULATION MIT WOHNRAUM VON FAMILIEN EIN ENDE SETZEN!

Eigentum hat derzeit einen höheren Wert als die Rechte von Kindern und Familien, argumentiert Christiane Reckmann. Diese Situation hat das Thema „Wohnen“ zurück auf die politische Agenda gebracht. Familien schließen sich zusammen und kämpfen lautstark für ihre Rechte. Sie hoffen, dass dieser Widerstand die Politik endlich bewegt, zu handeln.

Auch Rouzbeh Taheri sieht den Zusammenschluss von Mieter*innen als ein wichtiges Instrument an. Ein sogenannter „Milieuschutz von unten“ kann Druck durch Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit erzeugen, wie beispielsweise bei der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

Die Verdrängung der alten Mieterschaft geschieht oft beim Eigentümerwechsel — etwa dann, wenn Eigentümer*innen zu viel für ihre Immobilien gezahlt haben und die erhoffte Rendite nicht mit der aktuellen Bewohnerschaft realisiert werden kann. Das Instrument des Milieuschutzes, das zum Ziel hat, die Zusammensetzung der Wohnbe-

völkerung in einem Gebiet aus besonderen städtebaulichen Gründen zu erhalten, kann in dieser Situation vor Verdrängung bewahren.

Constanze Cremer weist darauf hin, dass Berlin in den letzten Jahren enormen Zuwachs erfahren hat. Gleichzeitig wurde wenig gebaut. Damit steigt der Druck, aber auch die Erwartungen der Eigentümer*innen, Objekte gewinnbringend zu verkaufen oder zu vermieten. Milieuschutz ist eine Möglichkeit, diese Entwicklung ein wenig zu bremsen, gebraucht werden jedoch auch andere bundespolitische Instrumente wie z. B. eine neue Gemeinnützigkeit.

WOHNUNGSLOSIGKEIT VERMEIDEN!

Die zunehmende Mietbelastung für Familien kann aber nicht nur zu Verdrängung führen, sondern in letzter Konsequenz auch zu Wohnungslosigkeit. Werena Rosenke beklagt hier die massiven Fehler der Wohnungspolitik: In den letzten Jahren sind immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen und die Städte haben ihre kommunalen Bestände verkauft, gleichzeitig sind aber zunehmend mehr Menschen auf Sozialwohnungen angewiesen. Dieser Mangel an bezahlbarem Wohnraum trifft als Erstes die armen Menschen, die Menschen mit Schulden oder diejenigen, die durch andere Lebensumstände erschöpft sind. Sie landen in der Folge relativ schnell auf der Straße und haben derzeit wenige Chancen, wieder eine eigene Wohnung zu beziehen. Betroffen sind inzwischen auch zunehmend Familien, vor allem Alleinerziehende mit Kindern, die nicht mehr auf preiswerten Wohnraum ausweichen können und so in der Wohnungslosigkeit landen.



DER STAAT MUSS SICH WIEDER EINMISCHEN

Viele Probleme rühren daher, dass dem Markt die Wohnungsfrage zu lange überlassen wurde. Dies führte zu Spekulationen mit Wohnraum und ließ die Preise weiter steigen. Die Politik muss hier dringend wieder übernehmen und der Staat muss sich wieder in die Wohnungsfrage einmischen. Hier bringe es wenig, so Andrej Holm, an die Vernunft oder die Moral einzelner Eigentümer*innen zu appellieren. Neben einem Mietendeckel und einer Mietpreisbremse würde hier ebenfalls eine Eindämmung der Bodenpreise helfen. Dann wäre es auch wieder vermehrt möglich, dass sich andere Bauträger, wie z. B. Genossenschaften, an der Wohnraumbewirtschaftung beteiligen und es könnten preiswerte Wohnungen entstehen. Dies hat sich auch in der Vergangenheit beobachten lassen: Je stärker die Regulation der Stadtentwicklung und des Wohnungsbereiches, desto höher waren die Baufertigstellungen.

Constanze Cremer sieht hier ebenfalls dringend Nachbesserungsbedarf. Vor gut einem Jahr hat sich in Berlin eine Genossenschaft mit 20 sozialen Trägern gegründet, die in der Vergangenheit wenig mit der Wohnungswirtschaft in Berührung gekommen sind. Sie sind sich einig, dass sie für ihre schützenswerten Klientel dringend aktiv werden müssen. Aber ebenso sind sie auf der Suche nach bezahlbaren Grundstücken.

Auch Enteignungen könnten mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum schaffen. Rouzbeh Taheri findet es sehr befremdlich, dass Menschen mit kleinem Einkommen die Börsengewinne von Dax-Unternehmen mitfinanzieren. Die Kampagne Deutsche Woh-

nen & Co. enteignen nimmt daher das Grundgesetz ernst: Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll gleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

FAMILIEN BRAUCHEN MEHR ALS EIN DACH ÜBER DEM KOPF

Wenn es um das Thema Familie und Wohnen geht, wird immer wieder auf die Einführung des Baukindergeldes hingewiesen. Christiane Reckmann sieht diese Maßnahme als wenig zielführend an, da sie nur Mittelschichtfamilien zugute kommt, kein neuer oder preiswerter Wohnraum geschaffen wird und sie obendrein noch die Baupreise in die Höhe treibt. Wenn schon begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, dann brauchen wir dringend andere Lösungen — Lösungen, die vor allem Familien helfen, die von Verdrängung, aber auch Wohnungslosigkeit betroffen sind. Darüber hinaus muss die Wohnungsfrage stärker mit der Frage der sozialen Infrastruktur verknüpft werden, da Familien mehr als ein Dach über dem Kopf brauchen. Sie brauchen gute Infrastruktur wie Kitas und Schulen, aber auch den Bäcker um die Ecke.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Friedrich-Ebert-Stiftung • Zukunftsforum Familie e. V.

TEXTE: Alexander Nöhring, Nikola Schopp, Lisa Sommer

REDAKTION: Nikola Schopp

FOTOS: Kai Doering, Berlin

GESTALTUNG: Typografie/im/Kontext

DRUCK: KOMAG mbH, Berlin-Brandenburg

September 2019

Forum Politik und Gesellschaft

Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastr. 17 • 10785 Berlin

Tel.: 030 26935 7318 • Fax: 030 26935 9241

forumpug@fes.de • www.fes.de/forumpug

Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung setzt in seiner politischen Bildungs- und Beratungsarbeit an zukunftsweisenden Themen an, insbesondere in den Feldern Partizipation, Engagement und Demokratie sowie Geschlechter-, Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Unser Ziel ist es, innovative und gerechte Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Fragen zu erarbeiten, gesellschaftliche Akteur_innen in den politischen Prozess einzubinden und Verständnis, Interesse und Begeisterung für Politik und Demokratie zu fördern.

Zukunftsforum Familie e. V.

Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin

Tel.: 030 25927 2820 • Fax: 030 25927 2860

info@zukunftsforum-familie.de • www.zukunftsforum-familie.de

Das Zukunftsforum Familie e. V. wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem der Bundesverband der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNV) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert.

Gefördert vom

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

**Forum Politik
und Gesellschaft**



**zukunftsforum
familie e.v.**



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**